

«Es wird gefährlich»

Die Volkswahl des Bundesrats sei nur scheinbar demokratisch und könnte schnell in eine autoritäre Herrschaft ausarten, befürchtet SP-Nationalrat und Demokratieforscher Andi Gross. Das Parlament sei besser geeignet, charakterfeste Kandidaten mit Tiefgang zu küren. *Von Philipp Gut und Dan Cermak (Bild)*

Herr Gross, warum fürchten Sie das Volk?

Ich fürchte mich überhaupt nicht vor dem Volk. Sie unterschätzen offenbar, was Demokratie bedeutet: Sie soll eine Entscheidungsstruktur einrichten, die möglichst viel Freiheit und Selbstbestimmung der Bürger garantiert. In der direkten Demokratie entscheidet der Bürger über die wichtigsten Sachthemen. Wahlen sind etwas anderes: Hier geht es um die Benennung von Stellvertretern.

Das heutige Modell der Bundesratswahl durch das Parlament behält den Stimmbürgern das Recht vor, die Landesregierung selber zu bestimmen.

Die Qualität der direkten Demokratie misst sich nicht daran, ob das Volk jeden einzelnen Minister wählen kann. Das gibt es deshalb auch nirgends. Indirekt wählen Sie die Landesregierung ja mit, indem Sie das Parlament wählen. Die Wahl des Bundesrats wäre nur eine scheinbare Freiheitsvermehrung für die Bürger.

Wie das?

Der Zürcher Frühsozialist und überzeugte Demokrat Karl Bürkli sagte schon im 19. Jahrhundert: «Die schwierigste Sache ist immer noch einfacher zu verstehen als ein Mensch.» Damit wollte er sagen: Wichtige Sachabstimmungen gehören vor das Volk. Die Wahl der Regierung hingegen kann jenen vorbehalten bleiben, die über gute Kenntnisse der Kandidaten verfügen.

Sie selber haben die neue Verfassung, die 1869 in Zürich eingeführt wurde und auf die Bürkli anspielte, als die «demokratischste» der Welt gelobt. Ein Kernstück dieser Verfassung war die Volkswahl des Regierungsrats, wie sie früher oder später in sämtlichen Kantonen installiert wurde.

Ich stehe zu meinem Zitat. Aber Sie erliegen einem Irrtum, wenn Sie die Volkswahl der Kantonsregierung als Kernstück der Verfassungsrevision bezeichnen. Im Zentrum standen das Initiativ- und das Referendumsrecht. Kein anderer Gliedstaat der Welt verschaffte den Menschen eine solch grosse Freiheit, wie es in Zürich in dieser stillen Revolution geschah. Die Liberalen von 1848 hatten an diesen Neuerungen übrigens keine Freude. Wie später die Leninisten hielten sie die Sache des Volks für so wichtig, dass man sie nicht dem Volk überlassen dürfe.

Sie teilen diese elitäre Politik?

Eben nicht. Diese Auffassung ist ein grosser Irrtum und für katastrophale historische Fehlleistungen im 20. Jahrhundert mitverantwortlich. Die Wahl der Regierung ist keineswegs die Krönung der direkten Demokratie. Sie hat damit nichts zu tun. Wahlen sind immer etwas Indirektes.

Sie sagen sinngemäss: «Der intelligente Diskurs der nationalen Parlamentarier steht höher als der gemeine Volkswille. Wir wissen besser, wer ein guter Bundesrat wird und wer nicht. Deshalb behalten wir dieses Recht für uns.»

Keineswegs. Das Parlament hat heute schon wenig Macht in der Schweiz. Sie wollen es weiter schwächen. Doch eine starke direkte Demokratie erträgt kein schwaches Parlament.

In den Kantonen soll die Volkswahl der Regierung gut und wichtig sein, im Bund jedoch nicht?

Die meisten Kantone sind überschaubar, viele kennen manche Kandidaten noch persönlich. Das ist auch im Bundesparlament der Fall. Aber den Überblick über ein Kandidatenfeld aus der ganzen Schweiz zu behalten – das wäre für viele Bürger eine Überforderung und machte sie abhängig von Dritten.

Sie argumentieren mit den Verhältnissen von 1850, als es weder Fernsehen noch Internet gab. Heute ist die Situation eine völlig andere: Die wichtigen Politiker sind landesweit bekannt.

Nur weil Sie jemanden aus dem Fernsehen zu kennen glauben, kennen Sie ihn noch nicht wirklich.

Kennt denn der Wähler jeden Stadt- oder Regierungsrat persönlich?

Der Kanton Zürich ist diesbezüglich schon zu gross, da haben Sie recht! Deshalb war es einmal eine mutige Idee von Zürichs Ex-SP-Stadtpräsident Josef Estermann, die Volkswahl zur Diskussion zu stellen. Deren Einführung 1869 lässt sich erklären. Man war damals so erzürnt über das System des liberalen Machtpolitikers Alfred Escher, dass man das Kind mit dem Bad ausschüttete und auf allen Ebenen die direkte Wahl ansetzte. Die feine Unterscheidung, die Bürkli zwischen Personen und Sachen machte, ging dabei verloren.

Nochmals: Warum soll im Bund nicht gehen, was in den Kantonen seit 150 Jahren funktioniert?

Die These in Ihrer Frage wäre zu klären. Auf Bundesebene fängt es schon bei den Sprachen an: Es gibt ganz wenige Leute, die in allen Sprachräumen zu Hause sind. Die Integration der Vielfalt wäre bei einer Volkswahl nicht gegeben. So hat auch die SVP-Initiative die Minderheit der Minderheit vergessen: Die Tessiner hätten praktisch keine Chance mehr. Und die Rätoromanen kommen nicht einmal vor im Text.

Einspruch. Warum sollte ich mir als Luzerner nicht ein Urteil über einen Kandidaten aus der Waadt bilden können?

Das können Sie schon. Aber Sie werden sich erst mit jemandem befassen, wenn bekannt ist, dass er Bundesrat werden will. In solchen Situationen geben sich die Leute anders, als sie sind. Wir Parlamentarier hingegen kennen die Kollegen bereits, bevor sie Bundesratsambitionen hegen. Deshalb können wir Charakter, Tiefgang, Seriosität der Kandidaten besser beurteilen.

Historisch traten immer jene Parteien für die Volkswahl ein, die das Gefühl hatten, im Bundesrat untervertreten zu sein. Ihre eigene Partei wurde jahrzehntelang aussen vor gehalten und reichte sogar zwei Volkswahl-Initiativen ein. Heute, wo Sie Ihre Regierungssitze auf sicher zu haben glauben, sind Sie dagegen. Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Argumente kommen auf.

Der damalige SP-Ruf nach der Volkswahl war nicht systemisch motiviert, sondern tatsächlich Ausdruck des Protests gegen die eigene Untervertretung. Die heutige Ablehnung hingegen basiert auf der Einsicht, dass es eine institutionelle Balance braucht. Wo immer Parlament und Regierung die gleiche Legitimität haben – und das wäre bei einer Volkswahl des Bundesrats der Fall –, ist das Parlament schwach. Und eine starke Demokratie, auch eine starke direkte Demokratie, kann kein Interesse haben an einem weiter geschwächten Parlament.

Die Sozialdemokraten wurden regelmässig gedemütigt, indem die bürgerliche Mehrheit Kandidaten wählte, die nicht auf Parteikurs waren. Das spricht nicht für die Überlegenheit dieses Verfahrens.

Doch. Die Parteien haben oft einen Tunnelblick bezüglich ihres Personals. Und wenige vermögen eine selbstkritische interne Debatte zu garantieren. So kam es, dass die besten drei sozialdemokratischen Bundesräte seit 1942 – Tschudi, Ritschard, Stich –



«Demokratie bedeutet nicht, dass die Leute jeden Tag über alles abstimmen und jedes Gremium wählen können»: SP-Nationalrat Gross.

gegen die offiziellen Kandidatinnen der SP gewählt worden sind.

Das sagen Sie mit dem Abstand der Jahre. Im Augenblick der bürgerlichen Machtdemonstration waren Sie entsetzt.

Da gebe ich Ihnen im Falle von Stich und Lilian Uchtenhagen sogar recht. Aber entscheidend bleibt: Jedes Mal traf das Parlament die bessere Wahl, als es die Partei vermocht hatte.

Sie klingen wie Hegel: der «Weltgeist», verkörpert im bürgerlichen Betonblock?

Ich bin kein Hegelianer und die *Weltwoche* ist kein Betonbrecher! Kant und Aristoteles sind mir weit näher. Der Grund liegt woanders: Das Parlament ist offener und kritischer, als Fraktionen oder Parteien es sein können. Auch Charakterfragen – aber dieser Punkt ist vielleicht zu heikel ...

Kommen Sie!

Es gibt dunkle Flecken. Nehmen Sie das Beispiel der SP-Bundratskandidatin Uchtenhagen: Das Parlament vermochte eher gültige Einwände zu formulieren als die eigene Fraktion.

Das hiesse, dass heute nur charakterfeste, superintelligente Spitzenpolitiker in den Bundesrat gewählt würden. Tatsache ist: Das Parlament bevorzugt häufig eher schwache Figuren. Die Gegenbeispiele sind zahlreich. Der ehemalige SVP-Bundesrat Samuel Schmid ...

Schmid war eine absolut integre Figur, ich kannte ihn sehr gut! Er war eben gerade kein Schwächling gegenüber der Mehrheit der Blocher-Fraktion. Das wird man noch in hundert Jahren so sehen.

Gilt das auch für Eveline Widmer-Schlumpf?

Ich habe immer für Widmer-Schlumpf gestimmt und stehe dazu. Sie war bekannt als seriöse Finanzpolitikerin. Aus der SVP austreten wollte sie nicht – sie wurde aus der Partei rausgeschmissen. Das ist auch der Grund für diese Initiative: Sie soll jene schwächen, die den Mut hatten, den lieben Gott namens Blocher aus seinem Himmel, dem Bundesrat, zu verjagen.

Sie malen den Teufel an die Wand. In der Volkswahl – ich zitiere aus Ihren Schriften – sehen Sie eine «autoritäre Regierungs- und Herrschaftsstruktur», ja einen «Total-schaden» an der Demokratie. Sie übertreiben gewaltig.

Überhaupt nicht. Sie unterschätzen die Dynamik, wie schnell Herrschaft sich autoritär verfestigen kann! Und wir haben noch gar nicht von der Macht der Medien gesprochen.

Wo liegt das Problem? Die *Weltwoche* etwa ist nicht bekannt dafür, unkritisch gegenüber dem Staat zu sein.

Da gebe ich Ihnen recht. Deshalb schätze ich die *Weltwoche* sogar. Und ich schätze

viele andere nicht, weil sie zu unkritisch sind und zu wenig eigenständig denken und urteilen. Genau da liegt die Gefahr der plebiszitären Demokratie: Die Versuchung ist gross, im Zusammenspiel mit dem sogenannten Volk und der regierungshörigen, oberflächlichen Medienwelt autoritäre Herrschaftsstrukturen zu etablieren. Die Geschichte zeigt: Wenn starke Exekutiven glauben, am Parlament vorbei regieren zu können, wird es gefährlich.

Sie sehen in der Schweiz einen neuen Mobutu oder Mussolini im Anmarsch?

Sie müssen Fälle studieren, in denen autoritäre Herrscher mit dem Volk und einer willfähigen Presse die Demokratie aushebelten.

Sie weichen aus. Nehmen wir an, die populäre Bundesrätin Doris Leuthard würde in einer Volkswahl bestätigt. Glauben Sie im Ernst, sie würde sich zu einer Diktatorin aufschwingen?

Schauen Sie: Schon bei dieser vermeintlichen Beliebtheit beginnt das Problem. Leuthard ist eine jener Politikerinnen, die allen gefallen wollen. Bei einer Volkswahl würde sie sich noch mehr darum kümmern, das Regieren noch mehr der Verwaltung und Economiesuisse überlassen, Konkordanz und Kollegialität könnten Sie vergessen.

Und die Wähler würden das nicht merken?

Auch der klügste Mensch in diesem Land ist heute schon oft nicht mehr in der Lage, zu erkennen, was in Bern geschieht. Die Volkswahl würde noch mehr zu einer Herrschaft des Scheins (ver)föhren und die Entpolitisierung weiterdrehen.

Wie entkräften Sie den Verdacht, dass Sie und Ihre Parlamentskollegen vor allem deshalb gegen die Volkswahl sind, weil sie eines Ihrer Vorrechte kappen würde?

Dieser Verdacht liegt auf der Hand. Aber nur weil ein Verdacht existiert, ist er noch nicht wahr. Deshalb muss man auf die Argumentation achten. Das entscheidende Argument gegen die Volkswahl ist: Überall, wo es sie gibt, ist die Regierung stark und das Parlament schwach. Das kann der Demokrat nicht wollen. Schauen Sie Frankreich an: Dort wird seit 1962 der Präsident vom Volk gewählt. Frankreich ist gleichsam zu einer demokratischen Monarchie geworden, der Präsident ein demokratischer König.

Einverstanden. Nur: Die französische Präsidialdemokratie ist mit dem schweizerischen System nicht vergleichbar. Wir haben sieben Bundesräte, der Bundespräsident ist lediglich ein Primus inter Pares.

Entscheidend ist die gleiche Legitimation von Legislative und Exekutive. Das Kollegium würde zerstört, und die herrschaftlichen autoritären Strukturen würden gestärkt – im Zeichen einer populistischen Scheindemokratie. Die SVP verführt die Leute zum demokratischen Schein.

Was ich noch nicht begreife: Sie sind Experte und Exporteur der direkten Demokratie, Sie reisen um die halbe Welt, um das Schweizer Modell zu verkaufen. Warum um Gottes willen misstrauen Sie dem Souverän?

Zuerst: Ich verkaufe gar nichts, und schon gar kein Modell. Zweitens bin ich gegenüber allen skeptisch, die Macht ausüben, in diesem Sinne auch gegenüber der Mehrheit des Souveräns. Das ist sogar demokratische Pflicht, wie dies Urs Paul Engeler mal schrieb. Das Machtgefüge muss so ausgestaltet sein, dass alle Instanzen auf die andern Rücksicht zu nehmen haben. Die Volkswahl zerstört dieses Gleichgewicht. Demokratie bedeutet nicht, dass die Leute jeden Tag über alles abstimmen und jedes Gremium wählen können. **Prominente Genossen wie Micheline Calmy-Rey, Pierre-Yves Maillard oder Cédric Wermuth sehen es anders. Sie befürworten die Volkswahl.**

Das ist kein Wunder! Sie sind herrschaftliche Figuren und Machtmenschen, die am liebsten alles ausschalten wollen, was ihrer Machtausübung im Wege stehen könnte. **Calmy-Rey wurde nicht vom Volk gewählt, sondern vom Parlament.**

Das war tatsächlich ein Irrtum, geb ich zu. Ich will nicht das Kalb sein, das seinen Metzger auch noch selber wählt.

Trotzdem halten Sie am Wahlprivileg des Parlaments fest.

Das ist kein Privileg, sondern eine Aufgabe, welche das Parlament im Interesse aller besser erfüllen kann als die einzelnen Bürger. Alle Menschen sind verführbar. Aber die 246 National- und Ständeräte sind weniger leicht zu täuschen als das Volk. Das Risiko, dass das Parlament eine Fehlbesetzung macht, ist geringer, als dies bei einer Volkswahl der Fall wäre.

Sie idealisieren das Parlament mit seinen notorischen Hinterzimmer-Intrigen.

Die Absprachen würden sich einfach aus dem Bundeshaus in die Parteizentralen verschieben. Das jetzige System ist nicht perfekt, aber die Volkswahl würde es schlechter machen. Wenn schon, halte ich eine andere Idee für bedenkenswerter: Man könnte sich überlegen, eine Initiative zur Neuwahl des Bundesrats einzurichten. Das hiesse nicht, dass das Volk die Regierung direkt wählte. Aber es könnte dem Parlament den Auftrag geben, die Regierung abzurufen und neu zu bestellen. Ein solches Modell würde die Mitbestimmung erweitern, ohne das sensible institutionelle Gleichgewicht zu stören und die Demokratie weiter zu schwächen.

Andi Gross ist SP-Nationalrat und Gründer des Atelier pour la Démocratie Directe in St-Ursanne JU. Er ist Mitherausgeber des Büchleins: «Nur scheinbar demokratisch – Volkswahl des Bundesrates: Ein Rückschritt für die Demokratie», Editions le Doubs, St-Ursanne, 220 S., Fr. 19.80.